

Sessionsbericht Frühjahrsession 2014

Datum: 10. April 2014

Von Jürg Grossen, Nationalrat

In dieser Frühjahrsession vertrat ich für die Grünliberalen ein wichtiges und umstrittenes Geschäft im Nationalrat, nämlich die geplante Änderung des Bundesgesetzes über Radio- und Fernsehen. Der Ursprung der Gesetzesänderung war eigentlich ein sinnvoller: Das bisherige System mit gerätegebundenen Abgaben entspricht im Zeitalter von Smartphones und Tablets schlicht nicht mehr den aktuellen technischen und gesellschaftlichen Bedürfnissen und Realitäten. Leider haben der Bundesrat und der Nationalrat daraus aber ein bürokratisches Monster gemacht, dem wir Grünliberalen nicht mehr zustimmen können. Der Bundesrat will an einer externen Inkassostelle, wie der uns bestens bekannten Billag, festhalten. Beim neuen geräteunabhängigen System, bei dem sowieso jeder Haushalt eine Abgabe entrichten muss, macht das meines Erachtens aber keinen Sinn mehr. Viel effizienter wäre es doch, unser Radio und Fernsehen direkt über den Bundeshaushalt zu finanzieren und die bürokratische Billag, welche Millionen von Gebührgeldern verschlingt, abzuschaffen. Leider scheiterte mein Antrag, der genau das forderte, trotz einstimmiger Unterstützung der SVP. Erstaunlicherweise wollten nicht nur die Linken, sondern auch die BDP und ein wesentlicher Teil der FDP an der Billag festhalten – da hatten die Billag-Lobbyisten in Bern leider vollen Erfolg.

Doch damit nicht genug. Zusätzlich will der Bundesrat auch noch das Gewerbe über eine Unternehmensabgabe belasten – und auch hier lehnten wesentliche Teile der FDP und der CVP zusammen mit den Linken meinen Antrag ab, diese gewerbefindliche Abgabe zu streichen. Und zwar denkbar knapp, mit nur gerade einer Stimme Differenz. Pikantes Detail dazu: Ausgerechnet Gewerbeverbandspräsident Jean-François Rime und Vorstandsmitglied Sylvia Flückiger-Bäni, beide SVP, haben diese für das Gewerbe entscheidende Abstimmung verpasst. 10 vor 10 brachte am selben Abend aber frisch fröhlich einen Bericht mit Jean-François Rime, als Kritiker genau dieser Abgabe, obwohl er gar nicht gestimmt hat. Da brauche ich dann jeweils eine dicke Haut...

Ich möchte klarstellen, dass ich zur SRG stehe und sie keineswegs abschaffen möchte. Sowohl das Schweizer Radio und Fernsehen wie auch die lokal-regionalen Sender mit Gebührenunterstützung erbringen mit ihren Programmen einen wichtigen Dienst an der Öffentlichkeit, einen Service Public, zu welchem sie einen gesetzlichen Auftrag haben. Sie sollen nämlich zur politischen Meinungsbildung, zum nationalen Zusammenhalt, zum Kulturleben und zur Bildung beitragen. Ein funktionierendes Rundfunksystem ist für eine direkte Demokratie heute und auch in Zukunft von grosser Bedeutung und trägt wesentlich zu deren Funktionsfähigkeit bei. Das alles rechtfertigt aber nicht, dass wir ein gewerbefindliches Bürokratiemonster schaffen. Wenn der Ständerat das Gesetz nicht noch wesentlich verbessert, werden wir Grünliberalen es in der Schlussabstimmung ablehnen. Vielleicht braucht es dann halt ein Referendum oder in absehbarer Zeit sogar eine Volksinitiative über die künftige Finanzierung der SRG.

Weiter haben wir noch zahlreiche andere umstrittene Geschäfte wie die Einheitskrankenkasse und eine Motion zur Lockerung von Kriegsmaterialexporten behandelt. Die Einheitskrankenkasse haben wir geschlossen abgelehnt, sie hatte auch keine Chance im Rat. Ebenfalls abgelehnt haben wir die Lockerung der Kriegsmaterialexporte, diese wurde aber zu unserem

Entsetzen knapp angenommen. Beschämend für unser Land! Unter anderem wurden dann auch noch die emotionalen Debatten zu den Folgen der Masseneinwanderungsinitiative und zur Durchsetzungsinitiative geführt.

Der Ständerat hat sich mit dem Thema zweite Röhre am Gotthard befasst und die bundesrätliche Vorlage mit 16:9 gutgeheissen. Bereits in der Woche nach der Session haben wir das Geschäft in der Kommission beraten. Wir Grünliberalen lehnen den geplanten Bau einer zweiten Gotthardröhre aus verkehrs-, umwelt- und finanzpolitischen Gründen ab. Das geplante einspurige und richtungsgetreunte Verkehrsregime in beiden Gotthardröhren wird aufgrund der regelmässigen Staus nicht haltbar sein, verletzt deshalb den Alpenschutzartikel der Bundesverfassung und kostet Milliarden. Statt dem Bau eines neuen Strassentunnels, muss die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene konsequent vorangetrieben werden. Deshalb haben wir in der Kommission für Nichteintreten auf die Vorlage gestimmt.